

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

9.5.1928 (No. 109)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Rasterabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperr, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umlange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Japans Vorgehen in China

Amerika gegen ein japanisches Abenteuer M. Berlin, 9. Mai (Priv.-Tel.) Wie über London aus Tokio gemeldet wird, fand ein japanischer Kabinettsrat statt, an dem auch die diplomatischen Vertreter teilgenommen haben, jedoch nicht Amerika. Daraus geht hervor, daß man wohl in Tokio mit einiger Sorge auf die Haltung des Weißen Hauses in Washington blickt und mit dem Widerspruch Amerikas rechnet, das schon gestern durch seinen Botschafter dringen vor Abenteuern in China gewarnt hat. Die Lage ist, wie der japanische Ministerpräsident ausführte, sehr ernst, da sich weitere chinesische Truppen auf dem Vormarsch nach Tsinanfu befinden, wo 6000 Japaner verscharrt sind. Dadurch, daß die Japaner die Schantungbahn besetzt haben, verschärft sich die Situation.

Eine japanische Erklärung

WTB. Tokio, 8. Mai (Tel.) Nach einer der Presse vom Ministerium des Äußeren zugegangenen Mitteilung verfolgt die Entsendung von Truppen nach China den unzweifelhaften Zweck, Leben und Eigentum der Japaner zu schützen. Die Japaner beabsichtigen nicht, Gebiet zu besetzen. Die Truppen werden die Eisenbahn schützen, die Chinesen aber auch weiterhin kontrollieren. Sobald die Gefahr vorüber ist, werden die Truppen wieder zurückgezogen werden. Es ist nicht wahr, daß die japanischen Truppen in Tsinanfu einrückten, um den Vormarsch der Südhinesen nach Norden aufzuhalten. Die Verhandlungen zur Regelung der Streitigkeiten zwischen China und Japan werden später stattfinden, wahrscheinlich in Nanjing. — Das Marineministerium beschloß, die Kreuzer „Abukuma“ und „Tinku“ nach Shanghai zu entsenden.

Die japanisch-chinesischen Kämpfe

Die neuen japanisch-chinesischen Kämpfe in Tsinanfu, sind auf Forderungen der Japaner zurückzuführen. Sie verlangten den Rückzug der Chinesen von der Eisenbahnlinie, die Befestigung des chinesischen Befehlshabers, dessen Truppen für die Niedermehlung der Japaner verantwortlich sind, die Entlassung der schuldigen Truppen und die Einstellung japanischer Kundgebungen, sowie der Feindseligkeiten. Die Japaner wurden daraufhin von Truppen der chinesischen Südarmerie umzingelt und es entspannen sich schwere Kämpfe.

*

WTB. Tokio, 9. Mai (Tel.) Der Kaiser stimmte der bereits angekündigten Entsendung einer dritten Division, der Division Nagata, nach Tsinanfu zu, wodurch die Zahl der japanischen Streitkräfte in Schantung auf rund 26 000 erhöht wird. Fünf Kompanien Infanterie erhielten Befehl, unverzüglich nach Tientsin sich zu begeben. Sieben Torpedobootsgeräthführer gingen gestern abend nach Kanton, Amoy und Futschau ab. Man rechnet damit, daß demnächst vier weitere Torpedobootsgeräthführer nach Südhina fahren werden.

WTB. Hongkong, 8. Mai. Der japanische Generalkonsul von Schanghai forderte alle in Kanton wohnenden Japaner auf, im Hinblick auf die Möglichkeit antijapanischer Unruhen, die Stadt zu verlassen und sich nach Schanghai zu begeben, dem gegenüber japanische Kanonenboote liegen.

Die Vorgänge in Rumänien

Der rumänische Kronprinz, der frühere Kronprinz Carol, ist von der englischen Regierung aus England ausgewiesen worden. Er will das Land in den nächsten Tagen verlassen. In England denkt man nicht an Unterstützung seiner Pläne. Carol bekennt sich zu dem politischen Programm, das in den beschlagnahmten Flugblättern enthalten ist und das er eigenhändig unterzeichnet hat, behauptet aber, daß er selbst gar nicht daran dachte, nach Rumänien zu fliegen, und von dem Arrangement mit den Flugzeugen, das offenbar seine politischen Freunde veranlaßt hätten, nichts wußte. Ein Teil der englischen Presse hatte, wie gemeldet, angedeutet, daß der Zeitungstönig Lord Rothermere, der bekanntlich die Revision des Trianonvertrages zugunsten Ungarns betreibt, hier seine Hand im Spiele hatte.

„Daily Mail“ beiztreit jedoch, irgendetwas mit der Proklamation des Prinzen Carol oder der Bestellung der beiden Flugzeuge zu tun gehabt zu haben. Das Blatt bemerkt, es sei erfolglos versucht worden, die „Daily Mail“ in die Angelegenheit hineinzuziehen. Emisjäre des Prinzen Carol hätten versucht, Lord Rothermere zu sprechen, um die „Daily Mail“ zu veranlassen, Abschriften der Proklamation des Prinzen zu drucken und Flugzeuge für ihre Verteilung in ganz Rumänien zu mieten. Die Emisjäre seien gewesen: der Gastgeber des Prinzen Carol, der rumänische Graf Zonescu, und ein englischer Journalist, der in der europäischen Presse viel über den Balkan schreibt. Lord Rothermere habe ihnen durch seinen Privatsekretär erklären lassen, er lehne es ab, sie zu empfangen oder überhaupt ihre Pläne zu erörtern.

„Daily Express“ zufolge wurden in einer Londoner Druckerei 50 000 Exemplare einer neuen Proklamation des Prinzen Carol an das rumänische Volk in Auftrag gegeben, deren Inhalt etwa dem des ersten Manifestes entspreche. Die Bestellung sei von dem Rumänen Zonescu, dem Gastgeber des Prinzen, ausgegangen, der die Fertigstellung bis heute, Mittwoch vormittag, verlangt habe.

Letzte Nachrichten

Die Auslandsanleihen deutscher Städte

WTB. Berlin, 9. Mai. (Tel.) Die Beratungskommission für Auslandsanleihen beauftragte in ihrer gestrigen Sitzung den Antrag des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, im Laufe der nächsten Zeit eine Sammelanleihe deutscher Städte in Höhe von ungefähr 17 1/2 Millionen Dollars an den Auslandsmarkt zu bringen. Die Beratungskommission wird dafür Sorge tragen, daß alle die Städte, die im Rahmen der Girozentraleanleihe zu berücksichtigen sind, anteilig nach Maßgabe der von der Beratungskommission verfügbaren Beträge an dem Erlös der Anleihe teilnehmen.

Drohende Eisenpreiserhöhung

M. Berlin, 9. Mai. (Priv.-Tel.) Die Vorgänge auf dem Eisenmarkt werden im Reichswirtschaftsministerium mit großer Sorge beobachtet, da eine neue Erhöhung der Eisenpreise weitgehende Folgen nach sich ziehen müßte. Die Eisenindustrie begründet die geplanten neuen Preiserhöhungen mit der Verteuerung der Kohle. Es sind sehr erhebliche Erhöhungen in Aussicht gestellt. Bereits vor einem halben Jahr ist eine Preiserhöhung eingetreten. Die Preiserhöhung würde bedeutend weitreichendere Folgen haben, als die verhältnismäßig geringe der Kohlenpreise. Man betrachtet die Dinge um so ernster, als die amtlichen Stellen hier weniger Einfluß haben als bei der Kohle und kaum eingreifen können. Der Widerstand der Eisenindustriellen geht schon daraus hervor, daß sie bereits, um eine Vorverpflichtung zu verhindern, eine Verkaufssperre haben eintreten lassen, die gerade jetzt, wo das Baugewerbe wieder Eisen braucht, sehr bedenklich ist.

Keine Erhöhung der Postgebühren

M. Berlin, 9. Mai (Priv.-Tel.) Zu der Meldung eines Berliner Blattes, daß neue Erhöhungen der Postgebühren in Aussicht genommen seien, erfahren wir an zuständiger Stelle, daß die Meldung jeder Begründung entbehrt.

Eine Stadtverordnetenfraktion vor Gericht

WTB. Barmen, 9. Mai (Tel.) Das Schöffengericht verhandelte gestern gegen die vier Mitglieder der hiesigen kommunistischen Stadtverordnetenfraktion wegen Beleidigung des Amtsgerichtsrats Hüster in Barmen. Dieser hatte als Einziger vor kurzem einen der kommunistischen Stadtverordneten zu vier Wochen Gefängnis und einen anderen zu 100 RM Geldstrafe verurteilt und zwar wegen Beleidigung des Bürgermeisters. Darauf hatte die kommunistische Fraktion in einer Stadtverordnetensitzung den Amtsgerichtsrat Hüster als willfährigen Klaffenrichter bezeichnet. Zwei der Angeklagten erhielten je 120 RM Geldstrafe, einer 100 RM und der vierte mit zweijähriger Bewährungsfrist 80 RM Geldstrafe.

Der Wettersturz

WTB. München, 9. Mai (Tel.) Nach Regengüssen, die am Dienstag abend niedergingen, erfolgte in der Nacht zum Mittwoch ein Wettersturz. Es herrscht empfindliche Kälte, und am Morgen und im Laufe des Vormittags ging Schnee in München nieder. Während am Dienstag noch 10 Grad Wärme gemeldet wurden, sank die Temperatur in der vergangenen Nacht auf den Nullpunkt. Im Alpengebiet ist der Wettersturz noch stärker hervorgetreten. Im Nordosten werden Schneefälle gemeldet.

*

WTB. Girschberg, 9. Mai (Tel.) Im Riesengebirge ist im Hochgebirge bis in die Vorberge herab seit Montag abend starker Schneefall eingetreten. Auf dem Stamm liegen gegen 10 cm Schnee. Heute morgen waren 5 Grad Kälte im Hochgebirge, im Tal hat es mehrfach geregnet. Das Gebirge ist wieder vollständig verschneit.

Start der „Italia“ am Freitag?

WTB. Kopenhagen, 9. Mai (Tel.) Nach einem Telegramm aus Spitzbergen wird General Nobile am Freitag den Flug nach dem Nordpol fortsetzen.

WTB. Rinschay, 9. Mai. (Tel.) Es herrscht hier ganz außerordentlich schönes Wetter. Die Temperatur sinkt niemals unter 10 Grad Kälte. Die „Citta di Milano“ konnte um weitere 200 Meter an den Kai des Hafens heranrücken. Die für das Luftschiff nötigen Materialien sind in die Halle transportiert worden.

Das Antreueverfahren gegen Loeb eingestellt. Das seit Jahren gegen den früheren Thüring, Staatsbankpräsidenten Loeb aus dessen Amtstätigkeit her beim Landgericht in Weimar schwebende Verfahren wegen Antreue ist jetzt laut „Tägl. Rundschau“ eingestellt worden.

Keine Rückkehr Brasiliens in den Völkerbund. Brasilien hat die Aufforderung zur Fortsetzung der Mitgliedschaft im Völkerbunde in negativem Sinne beantwortet.

Der Fluch der Zersplitterung

Nicht weniger als 30 Parteien ziehen diesmal in den Wahlkampf. Schon der dritte Teil davon ist zu viel. Wirkliche Existenzberechtigung haben doch nur folgende Parteien: die Sozialdemokratie, die Deutschnationalen, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, die Deutschdemokraten, die Kommunisten und, wenn man durchaus das rechtsradikale Widerpiel der Kommunisten nicht entbehren kann, die Deutschvölkischen. Das sind sieben Parteien.

Die Wirtschaftspartei ist als politische Partei des Parlaments überflüssig, da die rein wirtschaftlichen Interessen, die sie vertritt, sehr gut oder noch besser von anderen großen Parteien wahrgenommen werden können. In politischen Fragen ist ja auch die Wirtschaftspartei im Reichstag niemals einmütig zusammengeblieben; der eine Teil stimmte so, der andere anders. Die Bayerische Volkspartei gehört von Rechts wegen zum Zentrum und ist nur zu verstehen unter dem Gesichtswinkel der besonderen bayerischen Anschauungen. Immerhin haben Wirtschaftspartei und Bayerische Volkspartei wenigstens so viel Abgeordnete in den Reichstag schicken können, daß sie eine Fraktion bildeten und bei der Kräfteverteilung im Parlament mitsprachen.

Alle übrigen Parteien sind Splittlerparteien. Und die Deutschvölkischen ziehen in solcher Verwirrung in die Wahlschlacht, so daß es auch hier fraglich bleibt, ob sie Fraktionsstärke erlangen werden. Bei ihnen haben wir eine Nationalsozialistische Arbeiterpartei, ein Völkische Freiheitspartei und eine Deutschsoziale Partei. Auch die Kommunisten zerfallen jetzt in drei Gruppen, in die kommunistische Partei, die Linkskommunisten und die revolutionären Kommunisten. Und daneben gibt es dann noch die „Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands“. Dennoch ist wohl kaum anzunehmen, daß die Zersplitterung unter den Kommunisten dahin führen wird, daß nicht wenigstens eine der kommunistischen Parteien Fraktionsstärke erlangt.

Für die politische Zersplitterung unseres Volkes bleibt das Beispiel der Linksradikalen und Rechtsradikalen bezeichnend genug. Aber immerhin sind es wenigstens bereits bestehende und sozusagen historisch gewordene Parteien, die sich jetzt den Luxus einer unheilvollen Zersplitterung leisten. Was soll man dagegen mit jenen Parteigruppen anfangen, die sich überhaupt jetzt erst gebildet haben und Mut genug besitzen, um mit eigenen Wahllisten vor das Volk der Wähler zu treten? Da lesen wir die Namen einer Hauswirtpartei, zweier Volksrechtsparteien, einer Aufwertungspartei, einer Partei für Volkswohl, einer Partei für Rechts- und Mieterschutz, einer unpolitischen Partei der Kriegsgeschädigten, eines Deutschen Reichsblocks der Geschädigten, einer Christlichsozialen Reichspartei, einer christlichnationalen Bauernpartei (Ableger der Deutschnationalen), einer Handwerkerpartei, einer Evangelischen Partei Deutschlands und eines Evangelischen Volksbundes. Und auch die „Alte sozialdemokratische Partei“ Sachsens tritt diesmal selbständig in den Reichstagswahlkampf ein.

Wir in Baden haben nicht ganz so viele Wahllisten aufzuweisen, sondern „nur“ 17. Auch das bedeutet eine grauenhafte Zersplitterung. Außer den großen Parteien gibt es auch in Baden eine Liste der linken Kommunisten, der Wirtschaftlichen Vereinigung des badischen Mittelstandes, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, des Deutschvölkischen Nationalen Blocks, der christlichnationalen Bauernpartei, der Deutschen Bauernpartei, der Volksrechtspartei, der Unabhängigen Sozialdemokraten, der christlichsozialen Reichspartei, der „Alten Sozialdemokratie“ und des deutschen Reichsblocks der Geschädigten.

Eigentlich sollte ja der Reichsblock der Geschädigten sämtliche Stimmen bekommen. Denn hat er nicht das großartigste Programm? Gibt es in Deutschland jemand, der seit dem Ausbruch und dem Ende des Krieges nicht irgendwie geschädigt worden wäre? Man ersieht aus diesem Beispiel, wie schlecht die Leute beraten sind, die da meinen, unser öffentliches Leben mit einer neuen Partei beglücken zu müssen und doch nicht in der Lage sind, ein wirklich brauchbares und eigenwünschiges Programm aufzustellen. Für das Recht des Volkes, für die Geschädigten tritt nach ihren besonderen Methoden doch wohl jede Partei ein. Was sollen also dann derartig allgemeine Titel, wie „Volksbund der Geschädigten“, oder

„Partei für Volkswohl“, oder „Partei für Volksrecht“, befohlen?

Anders liegen die Dinge bei den Parteigruppen, welche ganz bestimmte wirtschaftliche Interessen eines Standes vertreten wollen. Aber meint man wirklich, daß dem Bauernstande damit genügt wird, daß außer den großen Parteien noch drei oder vier andere kleine Parteien den Schutz der bäuerlichen Interessen übernehmen? Wenig erfreulich ist auch die Zersplitterung innerhalb der Arbeiterschaft.

Der ganze Anflug wird praktisch nur dazu führen, daß eben infolge der Zersplitterung Zehntausende von Wählern überhaupt nicht zur Geltendmachung ihrer Wünsche gelangen, da die betreffende Splitterpartei es nicht einmal zu einem Mandat bringt. Wenn so eine kleine Partei aber doch ein bis zwei Mandate erobert, spielt sie im Reichstag selbst gewiß keine Rolle und muß sich hernach an irgend eine größere Partei anlehnen. Jedenfalls wird der diesmalige Reichstagswahlkampf im Zeichen einer Parteizersplitterung geführt werden, wie sie bisher noch nicht erlebt worden ist.

Aus der Wahlbewegung

29 Parteien in Preußen

Montag nachmittag trat unter Vorsitz des Landeswahlleiters, des Präsidenten des Statistischen Landesamtes Dr. Saenger, in Berlin der preussische Landeswahlausschuß zusammen. Der Ausschuß, der wie der Reichswahlausschuß aus je einem Mitglied der stärksten Parteien des Landtages besteht, legte endgültig die Nummernfolge der zugelassenen Landeslisten fest. Der Vorsitzende machte die interessante Feststellung, daß im Jahre 1921 12 Parteien, im Jahre 1924 16 Parteien und zu den diesjährigen Wahlen insgesamt 20 Parteien Wahlvorschläge eingereicht haben.

Gemäß den vom Landeswahlausschuß gefaßten Beschlüssen weisen die Listen 1 bis 16 die gleiche Reihenfolge auf wie im Reich, wobei allerdings einige der im Reich aufgeführten Parteien in Preußen fehlen (Bayer. Volkspartei und Landbund). Die Nummer 13, die der deutschannoverschen Partei vorbehalten war, bleibt ebenso wie im Reich offen, da die Partei keine Liste eingereicht hat. Insgesamt sind auf der Liste 35 Nummern aufgeführt, da aber einzelne Splitterparteien weggefallen sind, bestehen in der Tat nur 29 Listen.

Die heftigsten Wahlkämpfe

Für den Wahlkreis Hesse sind folgende Wahlvorschläge zugelassen: 1. Sozialdemokratische Partei, 2. Deutschnationale Volkspartei, 3. Deutsche Zentrumspartei, 4. Deutsche Volkspartei, 5. Kommunistische Partei, 6. Deutsche Demokratische Partei, 8. Linke Kommunisten, 9. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), 10. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung), 12. Völkisch-Nationaler Block, 15. Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, 16. Volkrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung), 17. Evangelische Volksgemeinschaft (Evangelische Partei Deutschlands), 18. Deutscher Reichsbund der Geschädigten, 19. Antisozialdemokratische Partei Deutschlands. Zu kleinen Anständen gaben die Wahlvorschläge Nr. 10, 12 und 18 Anlaß, die aber vom Ausschuß als nicht erheblich oder dem Befehl widersprechend erachtet wurden. Lediglich dem Wahlvorschlag 11, Deutsche Bauernpartei, wurde die Zulassung für Hesse verweigert, da die gesetzlichen Bestimmungen nicht erfüllt waren.

100. Geburtstag des Schöpfers des Roten Kreuzes

Wo das Zeichen des Roten Kreuzes auf weichem Felde erscheint, da weiß jeder ohne Unterschied, daß ihm Schutz und Hilfe bereit ist. Der Schöpfer dieser erhabenen Idee war der Schweizer Henry Dunant, seit dessen Geburtstag am 8. Mai d. J. 100 Jahre vergangen sind. Er hat auf dem blutigen Schlachtfeld von Solferino im Juni 1859 die Tausende um Hilfe schreienden und mit dem Tode ringenden Verwundeten gesehen und hat es nicht verstanden, daß nicht tausende von Brüdern und Schwestern diesen Armen zu Hilfe eilten, ihnen ihre Wunden verbunden und sie gepflegt haben. Deutschland war eines der ersten Länder, die den Gedanken der Vorbereitung freiwilligen Hilfsdienstes für die im Kriege Verwundeten praktisch durchführten. Bereits 1863 wurde der erste Verein im Geiste dieses Heiles in Württemberg gegründet. Jetzt nach jahrzehntelanger Ausgestaltung mannigfacher Friedensarbeit bestehen beim Deutschen Roten Kreuz 7138 örtliche Organisationen, Männervereine, Frauenvereine, Schwesternschaften, Sanitätskolonnen usw. mit über 1 1/2 Millionen Mitgliedern. Von den deutschen Rotkreuzvereinen wurden 360 Anstalten der Krankenpflege, der Erholungsfürsorge, der Mütter- und Säuglingsfürsorge der Kinder- und Altersfürsorge usw. mit über 20 000 Betten geschaffen. In die Tausende gehen die Kruppen, Krüppelgärten, Orte Beratungsstellen, Krankenpflegestationen usw. Über 12 000 ständige Rettungswachen und Unfallmeldestellen leisten erste Hilfe. Ein Jugendrotkreuz sammelt die Jugend um sich zur Erziehung für die Aufgaben und Pflichten der Nächstenliebe.

Verhaftung eines Deutschen in Belfort. Die Agentur Habas meldet, daß in Belfort ein Deutscher aus der Umgebung von Freiburg verhaftet wurde, der ein deutscher Spion sein soll.

Verschiedenes

Weitere Ehrungen der „Bremen“-Flieger

W.B. New York, 9. Mai (Tel.) Der irische Handelskommissar Crawford und Gemahlin gaben zu Ehren der „Bremen“-Flieger ein Essen im Parkcentralhotel, an dem auch der deutsche Konsul Dr. Heuser und Gemahlin teilnahmen. Später wohnten die „Bremen“-Flieger einer Besichtigung des 69. Inf.-Reg. in der Waffenkammer bei. Konsul Dr. Heuser veranstaltete zu Ehren der „Bremen“-Flieger am Sonntag ein Frühstück im Deutschen Verein.

Ein französischer Japanflug

W.B. Paris, 8. Mai. Heute früh 11 Uhr ist der französische Flieger Pelletier d'Orly mit zwei Begleitern in Le Bourget aufgestiegen, um die etwa 30 000 Kilometer lange Strecke Paris-Tokio und zurück in Etappen zurückzulegen. Das erste Ziel ist Bulareff. Der Weg soll über Sibirien gehen. Das Flugzeug ist mit einem 470 PS-Motor ausgestattet.

Keine Entgleisung des Orientexpresses

W.B. London, 9. Mai. (Tel.) Nach einer Meldung aus Athen lag dort bis in die späten Abendstunden keine Bestätigung vor von einem Morgenblatt gebrachten Meldung aus Saloniki vor, wonach der Simplon-Orientexpresszug in Thracien entgleist sein soll.

Die Anklage gegen die Donez-Ingenieure

Eine angebliche Sabotageaktion der deutschen Industrie

Die Verhandlungen des Sachverständigen-Prozesses in Moskau begannen voraussichtlich am 22. Mai vor dem Obersten Gerichtshof, der im großen Saal des Gewerkschaftshauses unter Vorsitz Wyschinski, des Rektors der Moskauer Universität, tagen wird. Man rechnet mit einer einmonatigen Dauer des Prozesses. Die Anklage wird durch die Staatsanwälte Krylenko und Boginski vertreten. Den Verteidigern sind die Untersuchungsberichte mitgeteilt worden.

In der Anklageschrift gegen die Verhafteten wird ausgeführt: Als Zentrum der Sabotageorganisation erscheine Charlow. Aus individuellen Beziehungen einzelner Ingenieure zu den früheren Eigentümern habe sich eine planmäßige Organisation entwickelt, der ausländischen Firmen Geld und Instruktionen zuleiteten. Hieraus sei die mangelhafte Rentabilität und unzureichende Ausnutzung des Donez-Gebietes herzuleiten. Die konspirative Absicht liege zutage. Es sei der Versuch gemacht worden, diese Tätigkeit auch auf andere Industriegebiete auszudehnen.

Der Angeklagte Kasarinow, der Leiter der Einfuhrabteilung des Donogoltrastes, sei während eines Aufenthalts in Deutschland mit einer Reihe von Firmen in Verbindung getreten, und habe von einer Firma 8000, von einer anderen 7000 *R.* erhalten. Die ausländischen Firmen hätten planmäßig mit einzelnen Mitgliedern der Organisation Verbindungen unterhalten, und den Saboteuren Belohnungen gezahlt. Die deutsche Firma Anag (?) habe mit einem Mitglied der Organisation namens Gleski einen Vertrag abgeschlossen, und erwidert, daß untaugliche Maschinen angenommen wurden. Dafür seien 2500 *R.* Rubel gezahlt worden. Saboteure habe wissentlich dem Saboteur unterworfen wurde. Saboteure habe außerdem unmittelbare Direktiven aus dem Ausland erhalten. Otto habe Kasarinow nach seiner Rückkehr aus dem Ausland konspirative Schriftstücke übergeben.

Außerdem wird auf einen Zusammenhang hingewiesen, der zwischen den gegenrevolutionären Handlungen und der russischen Abteilung der A. G. O. bestehe, wo ein Bruder des Angeklagten Woskoin, ein russischer Emigrant, arbeite. Diese russische Abteilung wird geradezu als der Mittelpunkt der gesamten Verschwörung bezeichnet. Direktor Weimann wird beschuldigt, einen bestimmten Prozentsatz aus den Bestimmungsgewinnen der Verschwörungsorganisation zugesichert zu haben. Auffallend erscheint hierbei, daß unter solchen Umständen Weimann vor kurzem von russischer Seite die Einreisepaßmische erhalten hat. Otto und Maier wird vorgeworfen, daß sie auf Grund von Beratungen bei der A. G. O., die Verschwörungszwecke gebildet hätten, nach Rußland abkommandiert würden. Wagner habe das dem Angeklagten Woskoin mitgeteilt, der von Weier Unterweisungen erhalten habe, wie eine aufgestellte Turbine beschädigt werden könne. Für die Beschädigung der Turbinen habe Woskoin von Weier 500 Rubel Belohnung erhalten. Weier bestreitet nicht, eine solche Zahlung geleistet zu haben, erklärt jedoch, sie sei nicht zu Sabotagezwecken bestimmt gewesen. Otto soll nach der Anklageschrift während des Krieges als Spion in Rußland gewesen sein, auch wird seine Zugehörigkeit zum Stahlhelm hervorgehoben.

Die A. G. O. in Berlin teilt mit, daß die von der amtlichen russischen Telegraphenagentur gegebene Nachricht, daß eine gegenrevolutionäre Organisation Charlow von mehreren ausländischen Firmen, u. a. von der A. G. O., finanziert worden sei, soweit die A. G. O. in Frage kommt, eine reine Erfindung ist. Die A. G. O. ist an derartigen Unternehmungen nicht beteiligt.

Frankreich und das Saargebiet

In einem Artikel des „Temps“ wird das Problem „Frankreich und das Saargebiet“ behandelt. Drei Fragen so heißt es, werden im Augenblick der Volksabstimmung im Jahre 1935 gestellt werden: Die der Saargruben, die der französischen Industriebetriebe im Saargebiet und endlich die der Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und dem Saargebiet. Die letzte Frage ist vielleicht die wichtigste, wenn man in Betracht zieht, daß die französische Einfuhr in das Saargebiet sich auf mehr denn 2 Milliarden Franken jährlich belaufe. Heute, so heißt es in dem Artikel weiter, glaubt Deutschland, daß die Rückkehr des Saargebietes zum Reich sicher sei und erörtert die Frage des Wertes der Saargruben. Das Blatt, das offenbar eine Erörterung der wichtigen Fragen, die es aufwirft, herbeiführen will, schließt seine Betrachtungen mit folgenden Worten: Der Geisteszustand, der im Saargebiet gegen uns geschaffen worden, ist ohne Zweifel geeignet, die Politik der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich schwierig zu gestalten. Nach dieser Seite müssen wir, ohne sieben Jahre abzuwarten, unseren Blick richten.

Kurze Nachrichten

Neulm ehrt Hauptmann Köhl. In Ehren des Sohnes der bayerischen Stadt Neulm, Hauptmann Köhl, wurde in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dem Ozeanbezügler das Ehrenbürgerrecht der Stadt zu verleihen, ferner am Geburtshaus Hermann Köhls in der Ludwigstraße 6 eine Erinnerungstafel anzubringen. Außerdem wird die Friedhofstraße mit sofortiger Wirkung in Hermann-Köhl-Straße umgenannt.

Wegen Unterschlagung von 800 000 *M.* wurde der Regierungsobersekretär Carlisch vom Düsseldorf-Schöffengericht zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Geliebte, die von dem verurteilten Mannlichen Gelde die „große Dame“ spielte, erhielt 3 Jahre Zuchthaus.

Die angeforderten Sejmwahlen. Beim Obersten Gericht in Warschau laufen noch immer Proteste gegen die letzten Sejmwahlen ein. Bisher sind schon über 100 solcher Proteste abgegeben worden.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die von Norden eingetragene Kälteperiode hat uns jetzt voll erreicht; die Temperaturen sind allenthalben um 5 bis 10 Grad seit gestern zurückgegangen. Im Gebirge ist ab 500 Meter Frost eingetreten, so daß die Niederschläge bereits heute nacht in Schnee übergehen. Auch in der Ebene fielen heute morgen aus den kalten Luftschichten der Höhe einzelne Schneeflocken. Der Kälteerdfall bewirkt Druckanstieg über Mittel- und Westeuropa. Die hierdurch bedingte Südostwärtsverlagerung des hohen Druckes über England und dem Nordmeer wird uns anhaltende Aufbesserung bringen. Wetterausichten für Donnerstag: Zeitweise heiter und vorwiegend trocken, aber noch kühl, in freien Lagen Nachtfrostgefahr.

Aus dem Colmarer Autonomistenprozeß

In der Diensttagssitzung wurde das Zeugenerhör des Polizeikommissars Bauer fortgesetzt. Er erklärte u. a., daß Baron Jörn von Bulach zwar der angebliche Eigentümer der Zeitung „Die Wahrheit“ gewesen sei, daß aber in Wirklichkeit dieses Blatt Ley gehört habe, der nach seiner Verurteilung in Frankreich und nach seiner Begnadigung nach Freiburg gegangen und in den deutschen Spionagedienst getreten sei. Er habe Jörn von Bulach für die „Wahrheit“ Anweisungen gegeben, des Inhalts, die Hauptsache sei, daß bei künftigen Wahlen einige Autonomisten in die Kammer einzögern. Das Programm müsse sein, erst Volksabstimmung und dann ein unabhängiges Elsaß wie die Schweiz. Als der Zeuge aus einem Artikel der „Wahrheit“ eine besonders scharfe Stelle vorliest, wird Rechtsanwalt Peter ein, daß solche Artikel auch von Polizeispionen geschrieben worden seien, worauf Zeuge Bauer mit den Achseln zuckt. Rechtsanwalt Peter erklärt dann, diese Stelle habe der Polizeispion und Sprachlehrer Framagnet geschrieben und Bauer habe den Artikel durchgesehen.

In der Nachmittagsitzung teilt Rechtsanwalt Jounier mit, daß die Anwälte an den Justizminister eine Mitteilung gerichtet haben, in der sie gegen die Beschränkung der Rechte der Verteidigung, die protokolllarisch festgestellt sei, protestieren, sowie bei dieser Gelegenheit auf den Abbruch des Verfahrens der Angeklagten und auf eine Zusammenarbeit zwischen dem Zeugen Bauer und dem Vorsitzenden hinweisen, während vom Komplott gegen die Sicherheit des Staates nichts zu hören sei.

Der Angeklagte Midlin erklärt, daß die Autonomistenbewegung vor dem Kriege mit der jetzigen gar nicht zu vergleichen sei. Vor dem Kriege habe es sich darum gehandelt, den Germanisierung zu widerstreben; jetzt handle es sich darum, sich der Ausrottung der Elsaß-Völkeringer zu widersetzen. — Dann werden im Anschluß an eine Frage, welche Beziehungen Midlin zu Ley und Muth gehabt habe, zwei Briefe Lehs aus Freiburg von Jahre 1926 an Midlin vorgelesen, in denen es heißt: Wir sind ein deutscher Stamm, wer sich dessen schämt, ist ein Verräter am Blute seiner Väter. Ich verlange, daß die verrufenen Hunde, die versucht haben, mich durch 20 Monate Haft langsam und grausam zu mordeten, vor das Straßburger Schwurgericht gestellt werden, und zwar wegen erwiesenen Mordversuchs. Ich verlange vom Staatsgerichtshof des autonomen Elsaß meine volle Rehabilitierung. Midlin verwahrt sich dagegen, daß man ihm die einstige Korrespondenz Lehs zum Vorwurf mache; denn Ley sei durch seine lange Haft nicht mehr normal. — Auch die Verteidigung erklärt, man könne Ley nicht ernst nehmen. — Midlin erklärt noch, er vermute, daß Ley auch ein agent provocateur sei. Man könne doch für das, was die nach Deutschland übergesiedelten Elsaß-Völkeringer in Deutschland tun, nicht die hier lebenden Elsaßler verantwortlich machen.

W.B. Berlin, 9. Mai (Tel.) Der Verein für das Deutschtum im Auslande gibt folgende Erklärung ab: Aus der Presse erfahren wir, daß im Colmarer Prozeß gegen die sogenannten elsasslothringischen Autonomisten von der Staatsanwaltschaft die Beschuldigung erhoben wird, daß diese Bewegung vom Verein für das Deutschtum im Auslande unterstützt worden sei. Der V. D. A., der völlig unpolitisch, nur für Unterhaltung deutscher Schulen und Kulturvereinigungen im Auslande sorgt, ist weder um eine solche Unterstützungstätigkeit gebeten worden, noch hat er je eine solche Unterstützung gewährt.

Der Präsident von Venezuela ermordet? In New York ist das Gerücht verbreitet, daß Präsident Gomez von Venezuela, der viele Jahre diktatorisch regiert hat, ermordet worden sei. Eine Bestätigung steht noch aus.

Gemeinde-Rundschau

Von der Heidelberger Universität. Der gemischte beschließende Ausschuß der Stadt erklärte sich mit dem Bauprojekt der Universität, wonach die Augustinerstraße (von der Kirchgasse bis Seminarstraße) sowie das Postgebäude an der Grabengasse in den Plan mit einbezogen werden, grundsätzlich einverstanden. Das Postgebäude und der Perzenturm sollen erhalten bleiben. — Der Ausschuß hat ferner die bauliche Erweiterung des Mittelstandes-Sanatoriums Speyerer Hof genehmigt, die infolge des guten Besuchs des Sanatoriums notwendig geworden ist und 2 bis 300 000 *M.* kosten soll. Die Kosten werden von der Sanatorium G. m. b. H. getragen.

Rosengartenjubiläum in Mannheim. Die Stadt Mannheim feiert in den Tagen vom 13. bis 19. Mai das 25 jährige Bestehen des Rosengartens. Eingeleitet werden die Feierlichkeiten durch einen Festakt im Museumsaal am Sonntag, den 13. Mai.

Die Eingemeindungen von Straßheim, Mudensturm und Neuenhof nach Heddesheim. Die Eingemeindung der genannten abgeordneten Gemeinden ist durch einstimmige Annahme von den beteiligten Grundbesitzern beschlossen worden. Demnach kommen diese sämtlichen Gemeinden vollständig zur Gemerkung Heddesheim und es ist kein Gelände an andere Gemeinden abzutreten. Dank eines Erlasses des Bad. Ministeriums ist nun eine freie Vereinbarung nach fast sechsjährigen Verhandlungen erzielt worden und die lange Geschichte der Eingemeindungsverhandlungen hat ein Ende, was insbesondere dem tatkräftigen Eingreifen des Landrats Dr. Pfaff, Weinheim, und der Gemeindeverwaltung zuschreiben ist. Die Gemeinde Heddesheim erhält einen Zugang von 693 ha = 1925 Morgen Gelände und an Steuerwerten 3 875 000 *M.* dem alten Steuerwert. Die Einwohnerzahl erhöht sich von 3679 auf etwas über 4000. Die Gesamtgemerkung von Heddesheim ist dann 5174 Morgen. Die Eingemeindung tritt am 1. Juli d. J. in Kraft. Die Gemeindesteuer wird wie in der Gemeinde Heddesheim vom 1. April 1929 an in gleicher Höhe erhoben, dadurch wird sich die Umlage um etwa 25–30 *Ppf.* ermäßigen. In nächster Woche soll nun noch der Bürgerausschuß seine Zustimmung geben, woran wohl nicht zu zweifeln ist.

Der Voranschlag der Stadt Konstanz, der demnächst vor dem Bürgerausschuß zur Beratung kommen wird, weist an Einnahmen 5 549 150 *M.* und an Ausgaben 6 524 420 *M.* auf. Durch Umlage sind also 975 270 *M.* zu deden. Die Umlageföhe belaufen sich für das Liegenschaftsvermögen auf 100 *Ppf.*, das Betriebsvermögen auf 40 *Ppf.* und den Gewerbeertrag auf 750 *Ppf.* Der Gesamtschuldenstand weist gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung um rund 500 000 *M.* auf. Daß trotz der Erhöhung des Gesamtbedarfes eine Senkung der Umlageföhe um 2 *Ppf.* für das Liegenschaftsvermögen, um 1 *Ppf.* für das Betriebsvermögen und um 15 *Ppf.* für den Gewerbeertrag möglich war, ist in der allgemeinen Verringerung der Erwerbs- und Wirtschaftsverhältnisse begründet, die im Abschlußergebnis 1927 einen Wirtschaftsföherungsbeitrag von 240 000 *M.* und im Voranschlag 1928 außer einer Senkung der Zinsföherungen auch eine Verbesserung der Erträge der übrigen Einnahmestellen zugunsten der Umlage brachten.

Badischer Teil

Tagung des badischen Einzelhandels

In Anwesenheit von Vertretern der Behörden, verschiedener Handelskammern und einer Reihe von Interessensverbänden tagte in Heidelberg, unter Leitung des Landesvorsitzenden Hugo Dietrich, Karlsruhe, die Landeszentrale des Badischen Einzelhandels.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein Referat des Ministerialdirektors Dr. Reichardt (Reichskommissar für Handwerk und Kleinhandel im Reichswirtschaftsministerium) über aktuelle Fragen des Einzelhandels. Der Einzelhandel ist zu einem starken Faktor des Wirtschaftslebens geworden. Man zählt 614 000 Einzelhandelsbetriebe mit 1,4 Millionen Angestellten und einem Jahresumsatz von 29 Milliarden. Die Konzentration auf den kleinen Betrieb in der Form der Genossenschaft nimmt zu. Die Konkurrenz des Großbetriebes besteht vor allem in den Kaufhäusern und in dem Massenfilialsystem. Der Anteil von 755 statistisch ermittelten Warenhäusern am Umsatz stellt sich auf 7 Proz. Der Referent kennzeichnete dann die Schwierigkeiten des Gewerbes und verlangte zum mindesten, daß für alle Konkurrenten die gleichen Wettbewerbsverhältnisse geschaffen werden müssen. Vom Steuervereinfachungsgesetz sei, wenn auch vielleicht keine unmittelbare Milderung des Steuerdrucks, so doch eine wesentliche Vereinfachung und Vereinfachung des Steuerwesens zu erwarten. Erfolgreicherweise fehlte gerade in der jüngsten Zeit erneut die Bestrebungen für eine Selbstbehauptung des Mittelstandes ein, die auch für den Einzelhandel von Erfolg begleitet sein mögen.

Dr. Reichardt, Berlin, sprach über Gewerbeordnung und Gewerbefreiheit und verlangte eine Reform, die auf die Belange des Einzelhandels Rücksicht nimmt. — Verbandsdirektor Steinel, Karlsruhe, klagte in einem Vortrage über die schweren Belastungen des Einzelhandels und betonte, daß von allen Stellen auf eine größtmögliche Sparsamkeit in den Ausgaben gedrängt werden müsse.

Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die folgende Forderungen aufstellt: Bessere Berücksichtigung der Interessen des Einzelhandels in der Gesetzgebung, insbesondere im Arbeitszeitgesetz; zahlenmäßig stärkere Vertretung des Einzelhandels im enghilfigen Reichswirtschaftsrat; Abbau und Vereinfachung der ins Unerträgliche gewachsenen sozialen Lasten; gründliche Reform der Steuer- und Abgabenverhältnisse; gleichmäßige Verteilung der Steuern auf alle Schichten; Senkung der Landessteuern; unbedingte Vermeidung der Anhäufung von Steuerüberschüssen zu Lasten der deutschen Wirtschaft; erhöhte Sparsamkeit in Reich, Ländern und Gemeinden; Abbau der hohen Zinslasten, ausgehend von den übermäßig hohen Reichsbankzinsen.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Fabel, Freiburg, würdigte darauf die Verdienste des nach neunjähriger mühevoller Tätigkeit zurücktretenden 1. Vorsitzenden Dietrich und gab unter lobhaftem Beifall bekannt, daß der Landesvorstand beschlossen habe, Herrn Dietrich zum Ehrenpräsidenten zu ernennen. Zum 1. Landesvorsitzenden, der nunmehr den Titel Präsident führen wird, wurde Herr Adolf Wilsler, Karlsruhe, gewählt. Zum nächsten Tagungsort wurde Baden-Baden bestimmt.

Stillliegende Rheinschiffahrt

Dr. Mannheim, 9. Mai. Über die Streilage in der deutschen Rheinschiffahrt wird von Arbeitgeberseite mitgeteilt:

Die Rheinschiffahrt (ausgenommen der Personendampferverkehr) liegt vollständig still. Auch die Partikulierschiffe, bei denen oft Angehörige des ausschließlichen Personal auf den Schiffen ausmachen, sind nicht in der Lage, verschleppt zu werden. Ebenso liegen ausländische Fahrzeuge, auf denen deutsches Personal sich befindet, still. Dagegen fahren nach wie vor die fast vollständig mit deutschem Personal bemannten französischen und schweizerischen Fahrzeuge weiter. Naturgemäß werden jedoch auch die Reedereibetriebe der ausländischen Firmen ganz erheblich beeinträchtigt.

In Mannheim-Ludwigshafen herrscht ebenfalls bei fast sämtlichen Betrieben Arbeitsruhe; nur in einzelnen Betrieben sind die Arbeiter selbst in einen förmlichen Streik getreten. Inwieweit Verladungen vom Lager auf Bahn durchgeführt werden können, geschieht es. Dies gilt insbesondere von den Kohlenlagerplätzen und Brütelfabriken.

In Karlsruhe und Rehl besteht an und für sich noch Lade- und Löscheinheit, sofern das Schiffspersonal mitarbeitet, was jedoch nur bei ausländischen Fahrzeugen der Fall ist.

Von der Notwendigkeit des Kinderhilfswerkes

Nach der Denkschrift über die Fürsorgeerziehung, welche die badische Regierung im Dezember d. J. dem Landtag vorlegte, waren Ende des Jahres 1926 nicht weniger als 4000 Kinder und Jugendliche in Fürsorgeerziehung untergebracht. Die meisten dieser Kinder entstammen einer „trohen Kindheit“. Sie kamen entweder auf Abwege oder mußten ihrer Familie entzogen werden, soweit sie von ihr selbst gefährdet waren. Nur mit tiefstem Mitleid mit den Kindern kann man folgende amtliche statistischen Angaben lesen:

Von den 4001 Fürsorgeerziehungszöglingen waren dem Tunde 523 Väter und 109 Mütter ergeben, der Unglück 149 Väter und 379 Mütter, der Arbeitslose 145 Väter und 159 Mütter, an anderen schlechten Reaktionen 408 Väter und 587 Mütter. Von den Eltern jener 4001 Zöglinge waren bestraft mit Gefängnis 577 Väter und 351 Mütter, mit Zuchthaus 99 Väter und 12 Mütter, mit Arbeitshaus 18 Väter und 8 Mütter, mit mehreren der genannten Straftaten zusammen 114 Väter und 41 Mütter. Von ihrer Geschwistern waren 374 bestraft.

Es handelt sich hierbei meist nur um Kinder des „Proletariats“. Von den Eltern der 4001 Zöglinge waren nahezu 1/2 Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Dienstmädchen. Fast die Hälfte waren gewerbliche Arbeitnehmer. Hier macht sich vor allem die Erwerbslosigkeit der verheirateten Frauen, die Wohnungsnot und die besondere Gefährdung durch die häßliche geistige Atmosphäre geltend.

Wenn es zu tun ist, die unglücklichen Kleinen vor solchem Schicksal zu bewahren, wer selbst so glücklich war, eine frohe Jugend gehabt zu haben, der helfe mit, diesen Lieblingen des göttlichen Kinderfreundes eine frohe Jugend zu bereiten und beteilige sich an der Lotterie „Frohe Kindheit“. Auskünfte über die Lotterie „Frohe Kindheit“ und das Kinderhilfswerk erteilt gerne die Geschäftsstelle Karlsruhe, Leopoldstr. 1, der Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg, Belfortstr. 20 und die örtlichen Caritassektariate. Losbestellungen (Lospreis 50 Pf.) wollen unmittelbar an die „Frohe Kindheit“, Karlsruhe, Leopoldstr. 1, gerichtet werden.

Die Frage der Durchführung der Dreifachbahn bis St. Blasien. In der letzten Gemeinderatsitzung in St. Blasien beschäftigte man sich des längeren mit der Verpflichtung des Reiches zum Weiterbau der Dreifachbahn bis St. Blasien und erkannte einstimmig an, daß eine solche Verpflichtung für die Reichsbahn besteht. Der Gemeinderat wird seine Bemühungen in dieser Richtung weiter fortsetzen.

Der Erzbischof zum Schulproblem

Am Sonntag kam auf den Kanzeln der Erzdiözese Freiburg ein Hirtenbrief des Erzbischofs Karl zur Verlesung, der den alljährlich wiederkehrenden Schulsonntag dazu bemüht, die Katholiken vor allem aber die katholischen Eltern und Erziehungsbeauftragten an ihre Verantwortung zu erinnern, die ihnen angeht, die immer noch nicht vollzogene Reorganisation des Schulwesens in Deutschland obliegen. Der Hirtenbrief geht aus von dem schweren Schulkampf in Reichstag und Presse seit Jahresfrist und Erzbischof Karl sagt dann weiter: „Der Kampf um die Schule ist nicht zu Ende; er wird weiterdauern, zumal die Gegner des katholischen Schulideals nicht ruhen werden, bis sie ihr Ziel, der immer stärkeren Verweltlichung der Schule, erreicht haben. Der Kulturkampf von heute ist gefährlicher und verberbtlicher als jener vor fünfzig Jahren.“ Zum Schluß des Hirtenbriefes mahnt der Erzbischof alle Gläubigen, mitzutämpfen in der Verteidigung ihrer heiligsten Güter.

Der Landesverband des Reichsbundes der Kriegsbekämpften

Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen für den Gau Baden tagte am 29. April in Karlsruhe. Aus dem vom Gauleiter, Herrn Masquardt, gegebenen Bericht für das verlossene Geschäftsjahr war zu entnehmen, daß die Zahl der Ortsgruppen um 40 auf 485 gestiegen ist und im Gau Baden zur Zeit 30 000 zahlende Mitglieder gezählt werden, die mit ihren rd. 60 000 versorgungsberechtigten Angehörigen vom Reichsbund in allen Angelegenheiten der Versorgung und Fürsorge vertreten werden. Im verlossenen Geschäftsjahre gingen 2275 neue Berufungen zur Vertretung durch den Reichsbund ein, von denen 1273 vertreten wurden, wovon 680 Erfolg hatten. Auch der Zugang an Neuzugewandene erreichte die Zahl von rd. 400. Die im Gau errichteten Geschäftsstellen sind außerordentlich stark in Anspruch genommen. — Es wurde die Forderung auf schnellste Vorlage eines Wohlfahrtspflegegesetzes für Baden erhoben, bei dem die Belange der Kriegsoffer entsprechend ihrer Zahl und ihrer Lage hinreichend Berücksichtigung finden.

Der Landesverband für Einheitsstenographie

hielt in Rastatt am Samstag und Sonntag seine aus dem ganzen Lande gubeilenden Verbandstag ab. An den Tätigkeitsbericht des ersten Vorsitzenden, Reichsauditor Braun, Weinheim, schloß sich eine rege Aussprache. Der bisherige Verbandsvorstand wurde einstimmig wiedergewählt: 1. Vorsitzender Reichsauditor Braun, Weinheim, stellvertretender Vorsitzender Karl Schöffel, Mannheim, Kassierer Schmidt, Forstheim, Schriftführer Haber, Offenburg. Dem Wettstreit auszusprechen gehört u. a. Regierungsrat Dr. Vollmer, Karlsruhe, an. Am Sonntag vormittag um 10 Uhr begann in der Oberrealschule ein Wettstreit, an dem sich etwa 180 Damen und Herren beteiligten. Geschrieben wurden bis zu 260 Silben. Am Nachmittag unternahm man einen Ausflug nach Schloß Favorite, während der Wettstreit auszusprechen seines mehrtägigen Aufenthaltes waltete. Abends 6 Uhr wurde das Ergebnis veröffentlicht. Es konnten insgesamt 150 Preise und Ehrenpreise, die von Industriellen, Geschäftsleuten, Banken und von der Stadtverwaltung gestiftet worden waren, verteilt werden.

Temperaturkurz im Schwarzwald

Dr. Freiburg, 9. Mai. (Tel.) Die Wetterperiode der sogenannten Eisheiligen hat zu einem empfindlichen Temperaturkurz im südlichen Schwarzwald geführt. Die Temperatur auf dem Feldberg ist von plus 8 Grad auf minus 8 1/2 Grad heute morgen gefallen. Auch ist, nachdem der Feldberg nach den letzten Frühjahrstagen vollkommen schneefrei war, mehrere Zentimeter Neuschnee gefallen. Auch in den Tälern der Rheinebene bezeichnet man einen Rückgang der Temperatur auf 10 Grad.

Tagungen

Tagung für kaufmännisches Bildungswesen. In der Zeit vom 16. bis 19. Mai findet in Heidelberg die Hauptversammlung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen (St. Braunschweig) statt.

Aus der Landeshauptstadt

Die Abteilungen der Pfalzausstellung in Karlsruhe. Die Vorbereitungen für die große Ausstellung „Die Pfalz“, die vom 1. bis 15. Juni d. J. in der Ausstellungshalle Karlsruhe stattfinden, sind soweit abgeschlossen, daß man bereits einen Überblick über den Aufbau gewinnen kann. In der Ausstellung wird zunächst das Pfälzer Verkehrs- und Unterabteilungen, Eisenbahn, Post, Rheinschiffahrt, Luftverkehr und Straßenbau“ gezeigt. Für die Darstellung der Pfälzer Landschaft stellen der Pfälzer Waldverein und die verschiedenen Gau-Gruppen zur Verfügung. Mit den Unterabteilungen „Pfälzer Schrifttum, Pfälzische darstellende Kunst, bildende Kunst und Wohnungsbau“ wird das Pfälzer Geistesleben erfasst. Pfälzer Industrie- und Heimarbeit kommen in ihren besonders bodenständigen und bedeutungsvollen Zweigen zu Wort. Selbstverständlich fehlt auch nicht der Pfälzer Weinbau.

Englische Fußballspieler in Karlsruhe. Der badische Fußballmeister Karlsruher Fußballverein empfängt am kommenden Samstag, abends 6 Uhr, auf seinem Sportplatz die beste Fußballspielermannschaft der englischen Hauptstadt Westminster Limited, London) zu einem Testspiel. Da die Engländer die anerkannt besten Fußballspieler der Welt sind, und seit 1910 keine britische Fußballmannschaft mehr hier weilte, sieht man dem internationalen Treffen mit größtem Interesse entgegen.

Eisenbahnergenossenschaft Karlsruhe. In der kürzlich hier abgehaltenen Generalversammlung der Gemeinnützigen Eisenbahnergenossenschaft e. V. m. b. H. wurde mitgeteilt, daß die Genossenschaft seit ihrem Bestehen einen Bestand von 25 Häusern mit 175 Wohnungen hat. Ein weiteres Bauprogramm von 5 Häusern mit 36 Wohnungen wurde vom Vorstand in Aussicht genommen.

Badisches Landestheater. Freitag, den 11. Mai, findet die Erkaufführung von Gnechis sozialistischer Oper „Cassandra“ statt. Der dem griechischen Mythos entnommene Text, welcher die direkte Vorgeschichte zu Richard Straußens „Elektra“ bildet, wurde von Luigia Illica, dem bekannten Puccini-Librettisten und dem Komponisten Gnechi verfaßt. Musikalisch von Generalmusikdirektor Josef Krips geleitet, wird die Oper von Oberregisseur Otto Krauß in Szene gesetzt. Die Bühnenbilder von Lorjens Hecht und die Kostüme von Margarete Stollenberg wurden nach deren Entwürfen in den Werkstätten des Landestheaters hergestellt. Die technische Einrichtung hat Rudolf Balat. — „Oktobertag“, Georg Kaiser's neues Schauspiel, das am Samstag den 12. Mai, unter Felix Baumhach's Spielleitung zum erstenmal in Szene geht, nimmt der Eigenartigkeit seines Stoffes wegen im Gesamtcharakter des Dichters eine ganz isolierte Stellung ein. Es behandelt den Fall einer der Rätchen von Seibronn vergleichbaren mystischen Liebe in modernem Gewande und entwickelt ihn nach echt Kaiser'schem Rezept bis in seine äußersten Konsequenzen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Heidelberg, 9. Mai. Der frühere Rektor der Universität Heidelberg, Professor Dr. Wille, vollendete sein 75. Lebensjahr.

Dr. Baden-Baden, 9. Mai. Im Alter von 63 Jahren ist der Generalleutnant a. D. Freiherr Arthur von Lütjow an den Folgen einer Kopfschmerzattacke gestorben. Der Verstorbene war zu Beginn des Jahrhunderts Militärattache bei der deutschen Botschaft in Petersburg. Später war er hauptsächlich im Großen Generalstab tätig und befehlerte im Kriege zeitweise das Amt eines Generalintendanten des Feldheeres.

Dr. Rehl a. Rh., 8. Mai. Die in ausländischen Zeitungen erschienene Nachricht, daß die Postkontrolle in Appenzier auf den 1. Juni nach Rehl (Aheindrude) verlegt werden würde, ist unrichtig. Die beabsichtigte Verlegung kann frühestens auf 1. Juli stattfinden.

Dr. Freiburg, 9. Mai. Am vergangenen Sonntag, zu Beginn der Alemannenwoche, stand der Freiburger Hauptbahnhof im Mittelpunkt eines Niesenverkehrs wie selten einmal seit seinem Bestehen. Nicht weniger als 14 Sonderzüge zur Bewältigung des Personenverkehrs waren nach allen Richtungen eingelagert worden, die alle vollbesetzt in den Bahnhof ein- und ausliefen, ungedrängt die fahrplanmäßigen Kurzüge.

Dr. vom Stottertal, 8. Mai. In Ohrenbach starb Altbürgermeister Kapp im Alter von 86 Jahren. Ihm gehörte in früherer Zeit der Lobererhof. Bürgermeister Kapp hatte in seinem hohen Alter noch eine bewundernswürdige geistige Frische. Auf ein Jahrhundert zurück wühlte er von allen Höhen die Besitztümer und von den Geschehnissen des Tales zu erzählen. Auch der Obstbaumzucht war er ein Förderer. Er starb verarmt. Kinderlosigkeit hatte ihn einst zum Verkauf seines Hofes bewogen.

Dr. Ortenau, 8. Mai. Die im hiesigen Kurort am Sonntag abgehaltene Hauptversammlung des Württembergischen Schwarzwaldvereins wählte den bisherigen Vorsitzenden, Landesgeologen Dr. Regelmann, Stuttgart, zum Vorsitzenden wieder. Der Hauptversammlung wohnte bei den Badischen Schwarzwaldvereinen Rektor Fischer, Karlsruhe, bei, der dem Bausch Ausdruck gab, daß die Zusammenarbeit der beiden Schwarzwaldvereine immer enger werden möchte.

Der Sommerfahrplan 1928. Revolutionierung des Fahrplans. Der erste Pullman-Zug. Die neuen Kursbücher. Auch dieses Jahr beginnt der Sommerfahrplan in der Nacht vom 14. zum 15. Mai, aber, genauer gesprochen, am 15. Mai 00 Uhr. Sein Hauptkennzeichen ist die Beschleunigung nahezu sämtlicher Schnell- und Personenzüge, die sich vor allem auf größere Strecken in sehr beträchtlichen Zeiten auswirken. So braucht z. B. der D-Zug München—Mona 102 Minuten weniger als bisher — von München nach Breslau wird man in Zukunft 135 Minuten D-Zugs-Reserve sparen. Wichtig ist aber bei allen diesen größeren Änderungen, daß ihre Folgerungen nahezu eine Revolutionierung des gesamten Fahrplans bedeuten. Deshalb ist man in den Redaktionen für die bekannten Kursbücher — „Storm“ — „Hendel“ — „Lloyd“ — schon seit Wochen eifrig bemüht, das neue Fahrplanmaterial so durchzuarbeiten, daß der Benutzer nicht nur zuverlässig die Abfahrts- und Ankunftszeiten aller Züge, sondern auch — übersichtlich geordnet — sämtliche Anfahrtsmöglichkeiten entnehmen kann. Als große Neuigkeit bringt der Sommerfahrplan die Inbetriebnahme des ersten Pullman-Zuges F. F. D. 101/2. Der erste Pullman-Wagen wird voraussichtlich am Tage der Eröffnung der „Pfalz in Köln“ laufen. Die neuen Pullmanstrecken sind in den Storm- und Hendel-Ausgaben unter „Fernverbindungen“ aufgenommen. Dieser Abschnitt wird auf farbiges Papier gedruckt und ist ein besonderer Vorzug der genannten Kursbücher. Die verschiedenen Storm-Ausgaben (fürs Reich 4 M., für Norddeutschland 2,50 M., für Ostdeutschland 1,80 M., für Süddeutschland 1,80 M., für Mitteldeutschland 1,80 M., für Westdeutschland 2 M., für Berlin 1 M. und die beiden Hendel-Ausgaben (Hendels Telegraph 6 M., Hendels International 3,50 M.), sowie das Lloyd-Kursbuch zu 5 M. erscheinen vor Beginn des neuen Fahrplans und werden rechtzeitig überall zum Verkauf ausliegen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	9. Mai		8. Mai	
	Geld	Beif	Geld	Beif
Amsterdam 100 G.	168.43	168.77	168.43	168.77
Kopenhagen 100 Kr.	112.01	112.23	112.04	112.26
Italien . . . 100 L.	21.395	22.035	22.00	22.34
London . . . 1 Pf.	20.376	20.416	20.381	20.421
New York . . . 1 D.	4.176	4.184	4.1755	4.1835
Paris . . . 100 Fr.	16.43	16.45	16.43	16.47
Schweiz . . . 100 Fr.	80.47	80.63	80.46	80.62
Wien 100 Schilling	68.76	68.88	68.76	68.88
Brag . . . 100 Kr.	12.377	12.397	12.375	12.395

Badische Beamtenbank

Die Badische Beamtenbank hielt am 6. Mai ihre 6. ordentliche Hauptversammlung ab, die von den 136 erwählten Vertretern vollständig besucht war und einen harmonischen Verlauf nahm. Im Geschäftsjahr 1927 stieg die Mitgliederzahl um rund 6000 auf 49 670. Die Bilanzsumme hat sich von rund 19 Millionen auf 28,8 Millionen, und der Jahresumsatz von 1,1 Milliarden auf 1,3 Milliarden erhöht. Die Geschäftsanteile und Hoffsummen sind von rund 1 Million auf 1,2 Millionen gestiegen und die Spareinlagen haben die Höhe von 6,6 Millionen (1926: 4,1 Millionen) erreicht. Die Aktivseite der Bilanz verzeichnete eine Zunahme der bank-eigenen Wertpapiere von 2,6 Millionen auf 4,3 Millionen. Im Anschluß an den von Vorstandsmittglied Mayer erstellten Geschäftsbericht wurde wiederholt betont, daß die Badische Beamtenbank mit dem Geschäftsgebaren der Mannheimer Beamtenbank nichts zu tun hat, und durch deren Zusammenbruch in keiner Weise berührt wird. Nach reichlichen Abschlüssen verblieb ein Reingewinn von 146 948 M., aus welchem 40 000 M. den Rücklagen und 4000 M. dem Angehörigen-Pensionsfonds zugeführt werden. Die Geschäftsanteile werden mit 8 Prozent (im ganzen mit 86 460 M.) am Gewinn beteiligt. Der verbleibende Gewinnrest von 1687 M. wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Die fahrgangsgemäß ausstehenden Aufsichtsratsmitglieder Oberverwalter Eduard, Obersteuerinspektor Sängler und Studienrat Schick wurden einstimmig wiedergewählt, und an Stelle des wegen Bezugs ausgeschiedenen Reichsbahnrates Dr. Schell Reichsbahnoberrat Fräulein in den Aufsichtsrat gewählt, der außerdem noch erweitert wurde durch Zuwahl von Justizrat Dr. Gustav Eber und Reichsbahnrat Trautmann. Die Zusammensetzung des Vorstandes bleibt unverändert.

Die Großhandelsindexziffer ist von 138,5 auf 139,5 oder um 0,7 v. H. gestiegen.

Mannheimer Beamtenbank. Zu dem in der Presse mitgeteilten Status der Mannheimer Beamtenbank e. G. m. b. H. teilt die Landesgewerbebank Karlsruhe mit, daß ihre Forderung nicht 400 000 RM. sondern rund 300 000 RM. beträgt, und daß diese Forderung durch Pantbürgschaft voll gesichert ist.

Großkraftwerk Mannheim A. G. Zum Ausgleich des Verhältnisses zwischen fremdem und eigenem Kapital wird das Aktienkapital von zwei auf vier Millionen Reichsmark erhöht. Das neue Kapital soll mit 25 Proz. eingezahlt werden. Die Aktien werden zu pari ausgegeben. Unter Ausschluß des Bezugsrechtes vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses werden 34,25 Proz. von der Stadt Mannheim übernommen, 34,25 Proz. vom Palzwerk, 26 Proz. vom Badenwerk und 5,5 Proz. von der Redar-A. G. Es wurden neu gewählt in den Aufsichtsrat für den auscheidenden Bürgermeister, Oberbürgermeister Dr. Heimerich und Bürgermeister Widmer.

Sinner A. G. Karlsruhe-Grünwinkel. Die in der Generalversammlung vom 28. Dezember 1926 beschlossene Zerlegung des Grundkapitals ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt jetzt noch 6 500 000 RM.

Über die Lage der deutschen Uhrenindustrie im Monat April wird dem W.D.V.-Handelsdienst aus Freiburg gemeldet, daß der Auftragsbestand namentlich in der zweiten Aprilhälfte etwas nachgelassen hat. Ob und inwiefern der jüngst beschlossene Aufschlag hieran Schuld trägt, ist nicht festgestellt. Das Nachlassen scheint in erster Linie saisonmäßig bedingt. Immerhin kann man von einer normalen Beschäftigung in der Uhrenindustrie sprechen. Der Zahlungseingang ist sehr schleppend.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Apothek in Wehr, Amt Schopfheim.
Dem Apotheker Theodor Stein in St. Margen wurde die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in Wehr, Amt Schopfheim, verliehen.
Karlsruhe, den 2. Mai 1928.

Der Minister des Innern:
Rummele

Gültigkeit der Sonntagsrückfahrten

Im kommenden Sommerfahrplanabschnitt werden nachstehende für den Verkehr mit Baden in Betracht kommende Schnellzüge gegen Zahlung des vollen Schnellzugzuschlags für Sonntagsrückfahrten freigegeben:

- D 30/D 33 München ab 22.05 nach Stuttgart-Heidelberg-Saarbrücken und Frankfurt a. M.
- D 30 Stuttgart ab 2.19 nach Karlsruhe-Hehl.
- D 32 Würzburg ab 17.36 nach Mannheim.
- D 33 von Saarbrücken bis Würzburg, Mannheim ab 9.26.
- D 38 von Osterburken, ab 6.03 bis Saarbrücken.
- D 52 Bruchsal ab 14.48 nach Saarbrücken.
- D 53 Saarbrücken-Landau-Bruchsal, Germersheim ab 13.57.
- D 59 Hehl ab 9.43 nach Appenweier.
- D 60 Karlsruhe ab 18.42 nach Offenburg.
- D 61/D 91 Karlsruhe ab 19.42 nach Stuttgart-Ulm.

- D 75 Basel Bad. Pf. ab 14.10 bis Freiburg.
- D 77 Baden-Baden ab 18.46 nach Mannheim-Frankfurt a. M.
- D 78 Frankfurt a. M. ab 7.21 nach Mannheim-Baden-Baden.
- D 85 Basel Bad. Pf. ab 7.15 bis Freiburg.
- D 86 Freiburg ab 22.21 nach Basel.
- D 115 Saarbrücken-Würzburg-Hof, Mannheim ab 15.27.
- D 116 Hof-Würzburg-Saarbrücken, Würzburg ab 9.14.
- D 152 Karlsruhe ab 7.27 (ab 1. Juli von Mannheim, ab 6.10) bis Konstanz.
- D 153 Konstanz ab 16.55 bis Karlsruhe, ab 1. Juli bis Mannheim.

- D 157 Konstanz ab 6.11 nach Karlsruhe.
- D 158 Offenburg ab 19.22 nach Konstanz.
- D 270 Freiburg ab 17.20 nach Basel.
- D 276 Frankfurt a. M.-Mannheim-Karlsruhe, Mannheim ab 16.45 mit dem Anschlußzug D 376, Friedrichsfeld Nord ab 16.24 nach Heidelberg.
- D 277 Schaffhausen ab 9.32 nach Immendingen-Stuttgart.
- D 278 Stuttgart-Immendingen-Schaffhausen, Immendingen ab 20.40.

Während des Pfingstverkehrs, und zwar von Freitag, den 26., bis einschließlich Pfingstdienstag, den 29. Mai, sind sämtliche Schnellzüge von der Benutzung mit Sonntagsrückfahrten ausgeschlossen.

Die Eil- und beschleunigten Personenzüge werden auch im Sommerfahrplanabschnitt 1928 sämtlich für Sonntagsrückfahrten freigegeben. Diese Maßnahme erstreckt sich auf den Nachbarverkehr mit den Reichsbahndirektionen Mainz, Frankfurt a. M., Ludwigshafen a. Rh. und Stuttgart.

Schuhhaus Stern
Karlsruhe — Karl-Friedrich-Straße 22

Ratenkaufabkommen der Bad. Beamtenbank

Das bekannte Spezialgeschäft mit der größten Auswahl

Anzüge für Herren u. Jünglinge finden Sie stets in grosser Auswahl zu billigsten Preisen

38	45	52	63
65	78	85	95

105 115 RM.

und höher. Große Auswahl in vierteiligen Anzügen für Straße und Sport

Regen- u. Frühjahrmäntel

Abteilung für erstklassige Maßanfertigung

Adolf Stein Nachf.
233 Kaiserstraße 233
Nähe Hauptpost Parterre u. 1. Stock Ecke Hirschstr.

Mitgl. des Ratenkaufabkommens n. d. Beamtenbank

Verbandsrevisor. Revisionsbeamten.

Wir suchen zum Eintritt auf 1. Juli d. J. einen

Gefordert wird, neben einer guten Allgemeinbildung, eingehende Kenntnis der gesamten sozialen Gesetzgebung und des Verwaltungsdienstes bei einer Krankenkasse auf Grund eigener praktischer Erfahrungen. Bewerber muß in der Lage sein, die Geschäfts- und Kassensführung der dem Verband angeschlossenen Krankenkassen selbstständig nachzuprüfen und den Kassens bei der Sicherstellung eines möglichst rationalen Geschäftsbetriebes mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Befoldung nach Gruppe 4b mit Berücksichtigung nach Gruppe 3 Reichsbesoldungsordnung mit Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. Anstellung erfolgt nach einer Probezeit von 6 Monaten.

Bewerbungen mit einer handgeschriebenen, lückenlosen Darstellung des Lebenslaufes sind unter Beifügung von Dienstzeugnissen im Original, sowie eines amtärztlichen Gesundheitszeugnisses unter Angabe von Referenzen bis zum 20. Mai 1928 an die Geschäftsstelle des Verbandes in Offenburg in Baden, Dienstraße 19, einzureichen. Persönliche Vorstellungen sind zu unterlassen.

Verband badischer Krankenkassen - Offenburg G. B.

Die Gemeinde Sulzbach (Amt Ettlingen) sucht eine gebrauchte, fahrbare

Handfeuerspritze

(nicht für Spannung) zu kaufen. 569 Angebote an das Bürgermeisteramt erbeten.

Gothaer
Wasserversicherungsbank

Versicherungen aller Art.

GOthaer BANKEN

Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit
Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit
Gothaer Transportversicherungsbank Aktien-Gesellschaft
Gothaer Allgemeine Versicherungsbank Aktien-Gesellschaft

Bezirksparkasse Murg (Baden). Öffentliche Verbandsparkasse.

Bilanz per 31. Dezember 1927.

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	14 219,98	1. Spareinlagen	632 369,66
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und beim Postsparkassendirektor	27 819,58	2. Giro und Kontokorrenteinlagen	125 880,82
3. Wechsel	8 256,55	3. Sonstige Einlagen	20 000,—
4. Darlehen auf Hypothek	433 056,—	4. Anlehenskapitalien	189 945,89
5. Darlehen in laufender Rechnung an Privats	345 314,09	5. Rücklagen: gesetzl. Referendonsfonds	41 280,—
6. Darlehen auf Schuldschein (Würgschaft)	103 784,40	6. Reingewinn vom Jahre 1927	22 143,02
7. Darlehen an Genossenschaften	1 000,—		
8. Grundstückskaufgelder	34 103,—		
9. Darlehen an Gemeinden	55 742,—		
10. Einmahmerückstände	346,79		
11. Grundstücke u. Gebäude	6 100,—		
12. Gerätschaften	1 877,—		
Summe	1 031 619,39	Summe	1 031 619,39

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8% aus 778 250,48 RM Einlagen = 62 260,— RM

Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 = 63 423,02 RM

somit mehr = 1 163,02 RM

welcher Betrag dem Aufwertungsstock zugeschrieben wird.

Murg, den 17. April 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Döbele. Der Geschäftsleiter: Düsch.

Ihren Umzug bei. Möbelwagen?

Bad. Lagerhaus Offenburg. Besitzer: Willy Wagner fragen. Ernst, befehlspf. zuverl. Möbelbeförderungs-Unternehmen.

Die Endherstellung der Neubautrede Redarsteinach-Schönau mit Bahnhofs Schönau von Querschmitt 37 + 05 bis 50 + 75 auf Gemarkung Schönau soll öffentlich vergeben werden. Die Arbeiten umfassen etwa 3000 cbm Erdbelegung mit Pflanzungsanlagen, 460 m² Steinfläche, 4500 qm Weg- und Straßenbefestigungen, Verladeanlagen und dergleichen. Pläne mit Bedingungen liegen auf dem Baubüro Redarsteinach zur Einsicht auf und werden dort abgegeben. Kein Versand nach auswärts. Angebote verschlossen, postfrei, unterschrieben und mit der Aufschrift „Bahnbau Redarsteinach-Schönau“ versehen bis zur Eröffnung am 24. Mai 1928, vormittags 11 Uhr, hierher (Eberbach) einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. Reichsbahnbauamt Eberbach a. N.

Das östliche Maschinenhaus im Bahnhof Eberbach soll auf Abbruch verkauft werden. Holzschachtwerkbau beiläufig 33,30 m lang und 13,00 m breit. Bedingungen und Gebäudebeschreibung liegen bei der Bahnhofsmeisterei Eberbach auf und werden gegen 0,30 RM abgegeben; auswärts zuzüglich 0,30 RM Porto. (Keine Briefmarken.) — Angebote verschlossen portofrei mit Aufschrift „Abbruch Maschinenhaus Eberbach“ bis Samstag, 12. Mai 28, 10 Uhr, an das Reichsbahnbauamt Heidelberg 2: Zuschlagsfrist 3 Wochen. R. 46

Die Auftragsarbeiten für 2 Deckenstriche der Eisenbahnbrücke über die Pfing bei Grözingen (Strecke

2. Zu Band I Seite 67 Koch, Alois, Kaufmann, Karlsruhe, und Hermine geb. Pfeifer. Vertrag vom 20. April 1928. Unter Aufhebung des bisherigen Güterrechts, Gütertrennung. 1. Mai 28.

3. Seite 68: Gertner, Ludwig, Ingenieur, Karlsruhe, und Elise geb. Schwarz. Vertrag vom 22. März 1928. Unter Aufhebung des bisherigen Güterrechts, Gütertrennung. 1. Mai 28.

4. Seite 69: Jösel, Eugen, Baumeister, Karlsruhe, und Friederike geb. Wähler. Vertrag vom 24. April 1928. Gütertrennung. 1. Mai 28.

5. Seite 70: Becker, Wilhelm, Kaufmann, Karlsruhe-Rüppur, u. Lydia geb. Appenzeller. Vertrag vom 5. März 1928. Erbschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 2. Mai 28.

6. Seite 71: Stahl, Adolf, Kaufmann, Karlsruhe, und Elisabeth geb. Wrecht. Vertrag vom 29. März 1928. Gütertrennung. 2. Mai 28.

7. Seite 72: Pfisterer, Johann, Kaufmann, Karlsruhe, und Anna geb. Huchschlag. Vertrag vom 3. April 1926. Gütertrennung. 2. Mai 28.

Antstgericht Karlsruhe.

Badisches Landestheater
Donnerstag, 10. Mai
Vollstbüchse
Piliom
von Molnar
In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Piliom	Leitgeb
Zulie	Bertram
Marie	Rademacher
Frau Ruscat	Ermarth
Luisa	Quaifer
Frau Hollunder	Ziegler
Häuser	Brand
Hollunder	Graf
Welfed	Kloebbe
Drechsler	Gemmede
Linzmann	Schulze
Stadthauptmann	Berg
Verfobius	Schneider
Polizeikommissar	Höder
Schulzmann	Mehner
Prüfungsamt	Prüfer
Kuhne	Kuhne
Polizist	von der Trend
Detektive	Prüfer, Kuhne
Arzt	Kienersch
Dr. Reich	von der Trend
Kabar	Müller
Anfang 1910, Ende nach 22 I. Rang und 1. Sperrstich	

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Fr. 11. Mai: Zum erstenmal Cassandra. Sa., 12. Mai: Zum erstenmal: Othobertag

COLOSSEUM

Vom 1.—15. Mai täglich 8 Uhr abends Sonntag nachmittags 4 und abends 8 Uhr

Brasilianische Revue
Sascha Morgowa

Karlsruhe. R. 66

1. Zu Band XI Seite 455: Schwarz, Adolf, Goldschmidt, Anselmingen, und Tina geb. Kiefer. Vertrag vom 21. April 1928. Unter Aufhebung des bisherigen Güterrechts, Gütertrennung. 1. Mai 28.